



Berufs- krankheiten erreichen Rekordhoch

Gesetzliche Unfallversicherung veröffentlicht ihre Jahresbilanz 2022. Darin spiegeln sich erneut die Auswirkungen der Pandemie wider. Die Anerkennungen von Berufskrankheiten waren so hoch wie nie. Denn zu ihnen zählen auch Corona-Erkrankungen aus dem Gesundheitswesen. Auch stiegen die Wegeunfälle. Besonders die Beteiligung einer Gruppe macht der Unfallversicherung Sorgen.

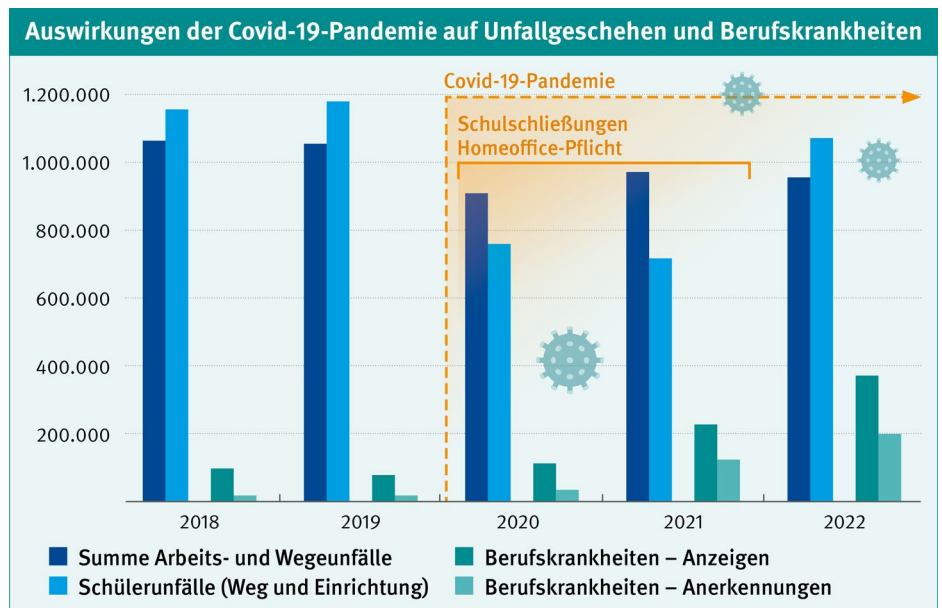
Rund 120 Millionen Versicherungsverhältnisse in rund 3,8 Millionen Unternehmen und Einrichtungen registrierten die Berufsgenossenschaften und Unfallkassen in 2022.

Die Menschen hinter diesen Zahlen sind unter anderem Arbeitnehmende, Personen im Ehrenamt, Ersthelfende sowie Schülerinnen und Schüler, Kitakinder und Studierende. Sie alle sollen gesund arbeiten und lernen und möglichst keine Unfälle dabei erleiden.

Um sie darin zu unterstützen, wendeten die Berufsgenossenschaften und Unfallkassen im Jahr 2022 rund 1,3 Milliarden Euro für Präventionsleistungen auf. 5,3 Milliarden Euro kamen Menschen zugute, die Heilbehandlung und Rehabilitation benötigten. Weitere 6,1 Milliarden Euro flossen in Renten oder andere finanzielle Kompensationen.

Weniger Arbeitsunfälle

Die gesetzliche Unfallversicherung investiert viel in Prävention, dennoch geschehen Unfälle. In 2022 gab es jedoch auch positive Entwicklungen: So gab es 2,3 Prozent weniger Arbeitsunfälle als im Jahr 2021. „Das



Die Verdachtsanzeigen und Anerkennungen von Berufskrankheiten stiegen 2022 auf ein Rekordhoch.

ist eine sehr erfreuliche Entwicklung“, sagt Dr. Stefan Hussy, Hauptgeschäftsführer der DGUV. „Mittlerweile können wir von einem Trend sprechen und annehmen, dass neue Arbeitsformen, wie die mobile Arbeit und das Homeoffice, dafür verantwortlich sind.“ Ebenfalls rückläufig waren die Todesfälle aufgrund einer Berufskrankheit oder eines Arbeitsunfalls.

Blickt man auf die Kinder und Jugendlichen, ergibt sich auf den ersten Blick ein anderes Bild. Die Schülerunfälle stiegen um gut 50 Prozent. Grund dafür dürfte sein, dass die Bildungseinrichtungen nicht wie in den Vorjahren für längere Zeit geschlossen waren. Die Unfälle bleiben trotzdem unter den Unfallzahlen aus den Vor-Corona-Jahren 2018 und 2019.

Covid-19 ist Treiber der Berufskrankheiten

Auf ein Rekordhoch stiegen jedoch die Verdachtsanzeigen und Anerkennungen von Berufskrankheiten. Grund dafür war Covid-19. Insgesamt gingen 370.141 Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit ein. Das sind 62,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Auch die Anerkennungen stiegen um mehr als 60 Prozent auf 199.542 Fälle. Damit wurden verglichen mit 2021 fünfmal so viele

Verdachtsanzeigen bestätigt. Rund 180.000 von ihnen entfielen auf Covid-19. „Versicherte können sich auf den Schutz durch die gesetzliche Unfallversicherung verlassen. Wir kümmern uns um die medizinische, berufliche und soziale Rehabilitation der Menschen“, erklärt Hussy.

Mehr Wegeunfälle

Während die Zahl der Arbeitsunfälle sank, stieg die Zahl der Unfälle auf den Wegen von und zur Arbeit wieder leicht an. Vor allem der Anteil an Fahrradunfällen macht der gesetzlichen Unfallversicherung Sorgen (siehe Grafik Seite 4). Mittlerweile ist jeder fünfte Wegeunfall einer mit dem Fahrrad. „Auch bei den Elektrokleinstfahrzeugen, wie E-Rollern, sehen wir einen beunruhigenden Trend. Seit wir 2020 begonnen haben, diese gesondert zu erfassen, hat sich ihre Zahl fast versiebenfacht“, erklärt Hussy. Auch die Unfälle auf dem Weg zur Schule, Hochschule oder Kita stiegen deutlich um 41,8 Prozent auf 88.718 an. Sie bleiben jedoch unter der Zahl von 2019.

Jahresbilanz 2022 der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen:

➔ www.dguv.de › Webcodes: d2436, dp1319899



Liebe Leserinnen und Leser,

wir sind mitten im Sommer. Eine Zeit, wo wir viel draußen sind und das schöne Wetter genießen – am Strand, am See, im Garten oder auf dem Balkon. Sonnenschutz ist dabei für viele eine Selbstverständlichkeit, und das ist gut so!

Aber das Bewusstsein für Sonnenschutz ist noch nicht ausgeprägt genug. Das zeigen die Zahlen zu den Berufskrankheiten auf der Titelseite. Corona war 2022 hier sehr prägend.

Was dadurch in den Hintergrund tritt: Der durch natürliche UV-Strahlung ausgelöste weiße Hautkrebs liegt auf Platz 3 der Anerkennungen bei Berufskrankheiten. Seit 2015 ist die Anerkennung möglich und die Zahl der Betroffenen ist seitdem auf hohem Niveau. Vermutlich wird sie in Zukunft noch steigen, denn die Auswirkungen von zu viel Sonnenstrahlung zeigen sich erst später im Leben. Mit zunehmendem Alter und schwächerem Immunsystem wird die Hautschädigung sichtbar.

Präventionsangebote für die, die viel draußen arbeiten, zeigen ihre Wirkung erst nach vielen Jahren. Das macht die UV-Strahlung so tückisch und das Werben für Sonnenschutz so mühselig. Aber die Zahlen sind deutlich: Bei 3.073 Menschen wurde 2022 der sogenannte helle Hautkrebs als Berufskrankheit anerkannt, berufsbedingt starben 25 Menschen daran. Sonne zu vermeiden oder sich zu schützen – das sollte selbstverständlich sein. Bei der Arbeit im Freien und in der Freizeit.

Was den Sommer ebenso trübt, sind die Tage mit großer Hitze. Für uns im Arbeitsschutz schon lange ein Thema. Wie können Outdoorworker, Kitakinder und viele andere Gruppen geschützt werden? Hitzeschutzpläne können eine erste Maßnahme sein, denn der Sommer soll Spaß und nicht krank machen.

Ihr
Dr. Stefan Hussy
Hauptgeschäftsführer der DGUV

Im Interview: Ilka Wölfle, Direktorin der DSV

„Klimapolitik muss immer zusammen mit Sozialpolitik gedacht werden.“

Die Sozialversicherung steht vor großen Herausforderungen. Die Auswirkungen des Klimawandels sind ohne Sozialpolitik nicht zu bewältigen. Darüber sprach DGUV Kompakt mit Ilka Wölfle, Direktorin der Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung (DSV) in Brüssel.

Frau Wölfle, die Fachkonferenz zum 30-jährigen Jubiläum der DSV trug den Titel „Bismarck on the move: Get digital. Go green.“ Was hat Bismarck mit Digitalisierung und Klimawandel zu tun?

Otto von Bismarck hat vor 140 Jahren den Grundstein für die Sozialgesetzgebung gelegt. Seitdem gab es gesellschaftlich viele Umbrüche, etwa Kriege, den Mauerfall, die Finanz- und die Coronakrise. Aber die Sozialversicherung hat es immer wieder geschafft, sich auf die veränderten Situationen einzustellen und den Menschen den notwendigen Sozialschutz zu bieten. Die großen Herausforderungen, vor denen wir heute in Europa stehen, sind die Digitalisierung und der Klimawandel. Auch für die Sozialversicherung. Im Rahmen unserer Fachkonferenz stellten wir uns den Fragen, was hier auf uns zukommt, welche Schritte erforderlich sind, um diese Herausforderungen zu meistern und welchen Beitrag die Europäische Union dazu leistet, leisten kann oder leisten soll.

Klimapolitik und Sozialpolitik – was haben beide gemeinsam?

Mit dem Europäischen Grünen Deal soll Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent werden. Der Übergang zu einer klimaneutralen Gesellschaft hat aber auch soziale Implikationen. Dass sich soziale Unterschiede im Klimawandel vergrößern könnten, ist eine reale Gefahr. Denn oft sind es die vulnerablen Gruppen – Kranke und Menschen mit niedrigem sozialökonomischen Status – die von den Folgen des Klimawandels stärker betroffen sind. Das ist auch ein Umstand, dem sich die Unfallversicherung stellen muss. Auf dem Bau, in der Landwirtschaft, bei den Arbeits-

plätzen im Freien müssen die veränderten klimatischen Bedingungen berücksichtigt werden, um weiterhin einen effektiven Arbeitsschutz zu gewährleisten. Da müssen Schutzstandards überprüft werden und es werden vielleicht neue Präventionskonzepte gebraucht. Und hier stellt sich auch die Frage, ob dies jeder Mitgliedstaat alleine regeln soll oder ob vielleicht einheitliche europäische Regelungen sinnvoll sein können. Was wir ebenso sehen müssen: Auch neue „grüne“ Technologien bringen gegebenenfalls neue Risiken mit sich. Ich denke nur einmal an den Einsatz von Wasserstoff im Rahmen der Energiewende. Da tun sich ganz neue Fragen auf, da ist auch noch jede Menge Wissen erforderlich.

Welchen Beitrag muss die Sozialversicherung leisten, um selbst klimaneutral zu werden?

Ja, auch die Sozialversicherung muss aktiv daran mitwirken, das Gesundheits- und Sozialsystem klimaneutral und nachhaltig auszurichten. Die Frage ist, wer ist hier für was zuständig? Die energetische Sanierung eines Krankenhauses ist zunächst mal Sache des Trägers. Aber am Ende tragen die Kostenträger die Mehraufwände über die Leistungsvergütung – mehr oder weniger, wenn man an die mangelhafte Investitionskostenfinanzierung durch die Bundesländer denkt. Steigende Kosten durch höhere Umweltstandards sind auch bei der Produktion von Arzneimitteln, Medizinprodukten oder sonstigen Gesundheitsgütern zu erwarten.

Wir werden uns mit der Politik auseinandersetzen müssen, wer am Ende die Mehrkosten trägt. Grundsätzlich wird die Prävention von Krankheiten und Schadensereignissen sowie die Senkung von gesundheitlichen Risiken wichtiger werden – damit Behandlungen nicht notwendig und Ressourcen geschont werden.

Sie fordern, dass die Europäische Union die klimaneutrale Transformation der Gesundheits- und Sozialsysteme unterstützen soll. Die Zuständigkeit für die Gesundheits- und Sozialpolitik liegt aber primär bei den Mitgliedstaaten. Ein Widerspruch?



Foto: HorstWagner.eu

Für eine starke Europavertretung: DSV-Direktorin Ilka Wölfle, stellv. Direktor Ulrich Mohr sowie die Vertreterinnen der Spitzenverbände Dr. Edlyn Höller (DGUV), Dr. Doris Pfeiffer (GKV), Gundula Roßbach (DRV) – von links nach rechts



Ganz pragmatisch gesprochen wäre aber auch schon der gemeinsame Dialog von Klimapolitikern und Sozialversicherung ein guter Anfang. Ich glaube, wir könnten viel voneinander lernen.

Sozialpolitik liegt in der Tat im Handlungsfeld der Mitgliedstaaten. Einen Widerspruch aber sehe ich nicht. Die EU hat das Thema Klimaschutz weit oben auf ihre politische Agenda gerückt und seit dem Grünen Deal bereits politische Initiativen zur Transformation gestartet. Die betreffen auch die Sozialversicherung. Die EU kann die grüne Transformation durch grenzüberschreitende Koordinierung, Überwachung und Finanzierung unterstützen und gleichzeitig den Sozialschutz mitdenken. Ich komme mal auf das Beispiel Wasserstoff zurück: Wenn die EU Technologien mit Wasserstoff fördert, sollte sie zeitgleich sicherstellen, dass die Unternehmen in Sachen Arbeitsschutz ausreichend geschult werden. Die EU könnte hier eine koordinierende Rolle einnehmen. Und das notwendige Wissen beschaffen. Überhaupt sollte die Forschung zu Klimafolgen und Anpassungsstrategien in den Gesundheits- und Sozialsystemen gezielt durch die EU gefördert werden.

Sie kritisieren, dass auf EU-Ebene ein gemeinsamer Ansatz fehlt, der das Potenzial der Sozialversicherungssysteme bei der Bewältigung des Klimawandels miteinbezieht. Wie könnte aus Ihrer Sicht so ein Ansatz aussehen?

Klimapolitik muss immer zusammen mit Sozialpolitik gedacht werden. Auf europäischer Ebene gibt es zwar Initiativen und Fördertöpfe wie den Klimasozialfonds. Das erscheint mir aber nicht genug. Es braucht einen grundsätzlicheren, systematischen, gemeinsamen Politikansatz. Ein erster Schritt dahin könnte sein, die Grundsätze und Zielformulierungen der Europäischen Säule Sozialer Rechte um eine klimapolitische Komponente zu erweitern. Ganz pragmatisch gesprochen wäre aber auch schon der gemeinsame Dialog von Klimapolitikern und Sozialversicherung ein guter Anfang. Ich glaube, wir könnten viel voneinander lernen.

Um nochmal auf Bismarck zurückzukommen: Ist die deutsche Sozialversicherung fit für die Zukunft?

Natürlich! Die Sozialversicherung hat immer wieder ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, sich wandelnden Herausforderungen zu stellen und diese zu bewältigen. Die Stärke der Sozialversicherungssysteme erwächst aus ihren großen Versicherungsgemeinschaften, die Krisen fair und sozial gerecht auffangen. Mit der Digitalisierung und dem Klimawandel stehen den Sozialversicherungen große Veränderungen ins Haus. Um das gut zu managen, müssen wir uns auf politischer Ebene für die richtigen Lösungen einsetzen. Und das tun wir in unserer täglichen Arbeit in Brüssel.

➔ www.dsv-europa.de > Magazin *ed „Herausforderungen des Klimawandels für die Sozialversicherung“

Nein zu Gewalt gegen Feuerwehrkräfte

Sie helfen Menschen in Not und setzen ihre Gesundheit aufs Spiel. Trotzdem werden sie beleidigt, beschimpft und bedroht. Die Feuerwehr-Unfallkasse Niedersachsen will Gewalt gegen Einsatzkräfte nicht länger hinnehmen. Sie folgte der Einladung in den Innenausschuss des niedersächsischen Landtages, um über Maßnahmen zu diskutieren. Denn die Zahlen zeigen: Gewalt gegen Freiwillige Feuerwehren gehört mittlerweile zum Ehrenamt dazu.

Besonders verbale Angriffe und Bedrohungen empfinden die befragten Feuerwehrleute als belastend. Das zeigen die Ergebnisse einer aktuellen Befragung der Feuerwehr-Unfallkasse Niedersachsen. 34 Prozent der Befragten gaben an, in den letzten 2 Jahren während ihrer Tätigkeit beschimpft, beleidigt oder sogar tätlich angegriffen worden zu sein. Diese Zahl entspricht nahezu dem Ergebnis aus einer Befragung von 2020 (34,5 Prozent). Das bedeutet, dass rund jede dritte befragte Person Bedrohungen oder Angriffen bei Einsätzen ausgesetzt war. Im Vergleich zu 2020 nehmen Beschimpfungen und Beleidigungen, Einschüchterung oder Bedrohung mit Worten zu, auch in den sozialen Medien. Während ihres Einsatzes wird die Freiwillige Feuerwehr behindert, gar das Anfahren mit Fahrzeugen angedroht. Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens will das nicht mehr hinnehmen. In ihrem Statement macht sie deutlich, dass Angriffe und Respektlosigkeit gegenüber Einsatzkräften alle etwas anginge. „Die Politik und die Gesellschaft sind gefordert, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass Einsatzkräfte ihren Job machen können“, sagt Thomas Wittschurky, Geschäftsführer der Feuerwehr-Unfallkasse Niedersachsen.

Auch die DGUV fordert: Keine Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte! Dafür braucht es auch das Bewusstsein, dass Gewalt nicht nur durch körperliche Angriffe ausgeübt wird. „Gewalt, auch verbale, ist belastend. Niemand sollte damit allein bleiben“, so Wittschurky.

Ergebnisse der Befragungen 2020 und 2023
➔ www.fuk.de > Prävention > Gewalt gegen Einsatzkräfte

Exklusiv im Webmagazin: Thomas Wittschurky im Interview
➔ www.dguv.de > Webcode: d1184123

Wegeunfälle mit dem Fahrrad nehmen zu

Die gesetzliche Unfallversicherung zeigt sich besorgt: Unfälle mit dem Fahrrad auf dem Weg von oder zur Arbeit nehmen stark zu. 2013 gab es 22.530 Wegeunfälle mit dem Fahrrad – 2022 sind es bereits 37.120. Der Anteil an den gesamten Wegeunfällen ist im selben Zeitraum von 12 auf 21 Prozent

gestiegen. Inzwischen ist somit mehr als jeder fünfte Wegeunfall ein Unfall mit dem Fahrrad. Auch die Unfälle mit dem E-Bike oder Pedelec haben sich von 2019 bis 2022 mehr als vervierfacht.

➔ www.dguv.de > Webcode: dp1320081

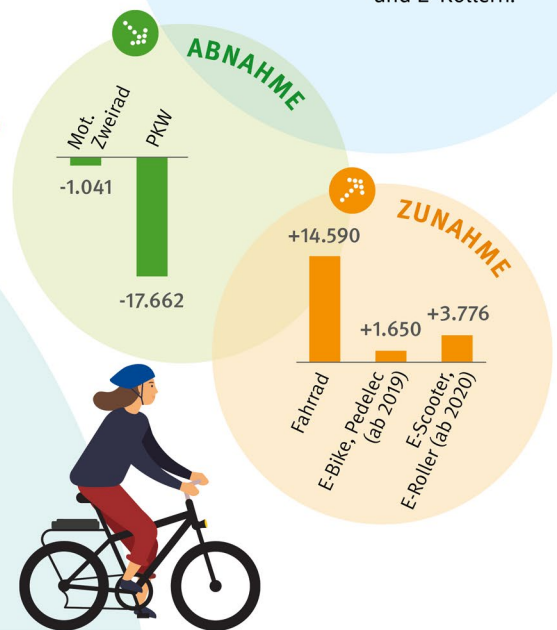
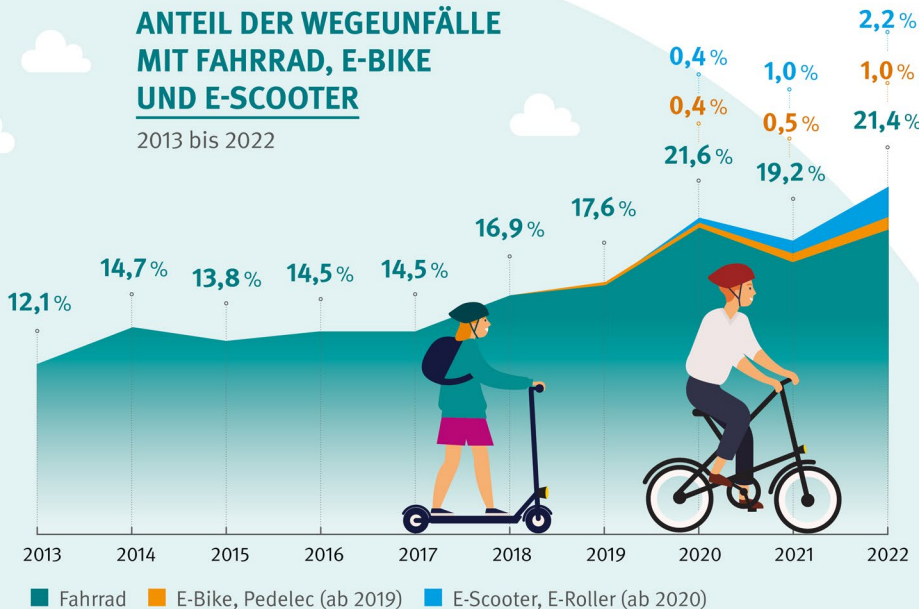
VERGLEICH DER WEGEUNFÄLLE

2013 mit 2022

Weniger Menschen verunfallen in PKWs und auf Motorrädern. Hingegen steigt die Zahl der Unfälle mit Fahrrädern, E-Bikes und E-Rollern.

ANTEIL DER WEGEUNFÄLLE MIT FAHRRAD, E-BIKE UND E-SCOOTER

2013 bis 2022



In eigener Sache: Wechsel in Chefredaktion und Herausgeberbeirat von DGUV Kompakt



Foto: privat

Britta Ibal, neue Leiterin des Stabsbereiches Kommunikation der DGUV

Wir begrüßen ein neues Mitglied im Herausgeberbeirat und in der Chefredaktion von DGUV Kompakt: Britta Ibal übernimmt zum 1. Oktober 2023 die Leitung des Stabsbereichs Kommunikation der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) und wird damit auch Chefredakteurin von DGUV Kompakt. Ibal kommt von der Gewerkschaftsvereinigung dbb – Beamtenbund und Tarifunion, wo sie zuletzt als stellvertretende Geschäftsbereichsleiterin Kommunikation tätig war. Sie ist eine erfahrene Führungspersönlichkeit und versierte Expertin mit

umfangreicher Erfahrung in der Verbandskommunikation. Sie tritt die Nachfolge von Gregor Doepke an, der in den Ruhestand geht. Redaktion und Beirat von DGUV Kompakt heißen Britta Ibal willkommen und freuen sich auf die Zusammenarbeit.

Gleichzeitig geht ein großer Dank an Gregor Doepke für die lange, angenehme und herzliche Zusammenarbeit. Doepke hat nicht nur die DGUV Kompakt geprägt, sondern die gesamte Kommunikation der gesetzlichen Unfallversicherung. Wir wünschen ihm alles Gute für die Zukunft!

Impressum

Herausgegeben von: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V. (DGUV), Dr. Stefan Hussy (Hauptgeschäftsführer). Die DGUV ist der Spitzenverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand.

Redaktionsschluss: 31.07.2023

Herausgeberbeirat: Dr. Renate Colella (Vorsitz), Prof. Dr. med. Axel Ekkernkamp, Frauke Füsers, Markus Hofmann, Gabriele Pappai, Dr. Udo Schöpf, Karl-Sebastian Schulte, Ilka Wölflle

Chefredaktion: Gregor Doepke, Kathrin Baltscheit, DGUV, Glinkastraße 40, 10117 Berlin

Redaktion: Kathrin Baltscheit, Katharina Braun, Katrin Wildt

Grafik: Atelier Hauer & Dörfler GmbH, www.hauer-doerfler.de

Verlag: Quadriga Media Berlin GmbH, Werderscher Markt 13, 10117 Berlin

Druck: MedienSchiff BRuno

Kontakt zur Redaktion: kompakt@dguv.de

Bildquellen Porträts: S. 2: Jan Röhl/DGUV

